



Gewaltenteilung in Politik und Wirtschaft: Wie weiter?

**„Willst du den Charakter
eines Menschen erkennen,
so gib ihm Macht.“**

Abraham Lincoln
12.02.1809 – 15.04.1865
US-Staatsmann und 16. Präsident von Amerika

Die gegenseitigen Kontrollen in Politik und Wirtschaft – besser bekannt unter dem Begriff „Checks and Balances“ – und die Herstellung eines Machtgleichgewichtes sind in den letzten Jahren erheblich vernachlässigt worden. Oftmals gerieten sie auch in Vergessenheit oder wurden gar ausser Kraft gesetzt.

Als Paradebeispiel für das Funktionieren der „Checks and Balances“ galten die USA mit ihrem politischen System der Präsidentschaftsdemokratie. Im Gegensatz zu dieser Präsidentschaftsdemokratie in den USA und Frankreich steht die parlamentarische Demokratie in Grossbritannien und Deutschland wie auch die direkte Demokratie in der Schweiz.

In den USA liegt heute die eigentliche Herausforderung der „Checks and Balances“ nicht nur innerhalb der Politik, sondern insbesondere auch zwischen Politik und Wirtschaft. Es gibt keine öffentliche Kontrolle des Einflusses der Wirtschaftslobby auf den Präsidenten und das Parlament. Dazu kommt derzeit, dass die Republikanische Partei alleine mit ihrem Präsidenten und ihren Wirtschaftsvertretern nahezu unangefochten handeln kann.

Am 7. November 2006 finden in den USA Kongresswahlen statt. Ein Drittel aller Mitglieder vom Senat sowie das gesamte Repräsentantenhaus stehen zur (Wieder-) Wahl.

Um die Mehrheiten der kontrollierenden Republikanischen Partei zu brechen, müssen die Demokraten mindestens fünfzehn Sitze im „Haus“ dazu gewinnen. Das scheint aus heutiger Sicht zumindest möglich.

Zu diesem aktuellen Thema möchten wir einige Gedanken beitragen. **In der Politik wie auch in der Wirtschaft sollten die „Checks and Balances“ funktionieren. Zahlreiche Ereignisse haben uns jedoch gezeigt, dass die Kontrolle und/oder das Machtgleichgewicht in der Vergangenheit oftmals ausgehebelt wurden.**

Zu diesem Zustand gesellen sich – so lehrt uns die Geschichte – erfahrungsgemäss auch noch Korruption, unzulässige Abhöraktionen, Lügengeschichten, Sexskandale, Alkoholkonsum, Drogen und schliesslich der gefährliche Schritt zum Kriegsbeginn, wenn im eigenen Lande die aufgestaunten Probleme nicht mehr lösbar scheinen. Diese Entwicklungen und Ereignisse beeinflussen auch die Volkswirtschaft und die Börsen. Vergessen wollen wir dabei nicht die Rechtfertigung für einen Handlungszwang mit dem Einbezug der Religion (Sendungsbewusstsein). Das ist nicht neu und es existieren unzählige Beispiele in der Geschichte.

An einigen aktuellen Ereignissen wollen wir das Nichtfunktionieren der „Checks and Balances“ aufzeigen.

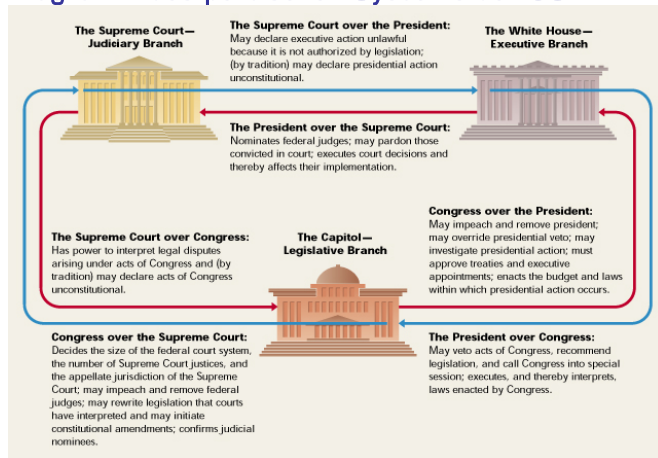
Situation in den USA

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat ohne jegliche rechtliche Grundlage den Krieg gegen den Irak begonnen. Seinen Krieg gegen den Terrorismus hat er mit religiöser Mission und der Lüge, wonach neben Bin Ladin auch Saddam Hussein hinter den 9/11-Anschlägen stehe, begründet. Die gefangenen „Terroristen“ schmoren nun bereits seit mehreren Jahren ohne Anhörung und Verhandlung in Gefangenenlagern. Daneben profitieren politische Freunde wirtschaftlich und finanziell im Ölgeschäft und beim Wiederaufbau der Infrastruktur im besetzten Land.

Im politischen Leben kontrolliert die Partei des Präsidenten beide Kammern, das höchste Gericht und die Geheimdienste. Die letzteren verfügen nun offiziell über geheime Lager in Europa, wo sie wiederum sogenannte

„Terroristen“ festhalten. Das von höchster Stelle immer wieder proklamierte Nichtexistieren dieser Gefängnisse wurde kürzlich vom Präsidenten als Realität bestätigt. Welche Lügengeschichten darf die Öffentlichkeit noch erwarten?

Diagramm des politischen Systems der USA



Quelle: Southeast Missouri State University

Auch ein Versagen der „Checks and Balances“ konnte im Falle der Unwetterkatastrophe durch den Wirbelsturm „Katrina“ in New Orleans festgestellt werden.

Die bestehenden Mängel beim Schutz der Bürger vor solchen Ereignissen wurden mangelhaft oder gar nicht beseitigt. Das gilt sowohl für die frühzeitige Vorbereitung auf solche Wirbelstürme, die man nicht erst seit heute in dieser Region kennt, wie auch die Hilfe für die Opfer. Die verantwortlichen Amtsträger wirken wie ein politisches Kartell von Kurzsichtigen und Nichtentscheidungs-willigen, die sich andere Prioritäten als ihre eigentliche Aufgabe als Volksvertreter gesetzt haben. Eine private Organisation hätte hier effizienter gehandelt.

Einfluss auf die Börsen

Ein Blick auf die Börsenentwicklung in den USA der letzten sechs Jahre zeigt jedoch, dass sich die Anlegerkreise mehr für wirtschaftliche Realitäten als für die Handlungsweise des Präsidenten und seiner Parteikollegen interessieren. Für die Entwicklung der Börse sind die Stimmung der Konsumenten, die Statistiken der Wirtschaft und die Massnahmen der Zentralbank von Bedeutung.

Bei den bevorstehenden Wahlen im November 2006 könnten die Demokraten an Stimmen gewinnen. Der Präsident würde dann im Falle einer Wiederherstellung der Machtgleichgewichte bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 2008 zu einer „Lame Duck“ degradiert. Er dürfte dann nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland nicht mehr viele Freunde und Anhänger seines Krieges gegen den Terrorismus finden. Eine Wiederbelebung der „Checks and Balances“

könnte sich abzeichnen, dies zum Wohle des politischen Amerika!

Wirtschaftliche Entwicklung

„Corporate Governance“ und „Checks and Balances“ sind in der Wirtschaft ebenso bedeutungsvoll wie in der politischen Arena. Hier besteht bei vielen Aktiengesellschaften seit einigen Jahren auch kein Machtgleichgewicht mehr. Die „Checks and Balances“ zwischen den Kapitalgebern, den Aktionären, und den von ihnen beauftragten Verwaltungsräten sowie der Geschäftsleitung fehlt. Die jeweilige Geschäftsführung bei vielen börsennotierten Unternehmen handelt so, als ob ihr die anvertraute Firma gehört, man bedient sich grosszügig und entlässt ebenso grosszügig zum Kostensparen auch noch Mitarbeiter.

Die Verwaltungsräte nehmen ihre wichtige wie umfangreiche Aufgabe nicht mehr wahr.

Das ist nicht ausschliesslich im Fehlen eines umfangreichen Pflichtenheftes zu begründen. Die gewählten Persönlichkeiten stammen meistens aus der Wirtschaft und kennen die ihnen anvertraute Aufgabe nicht oder nur unzureichend. Die Ereignisse in der Schweiz wie im Ausland, besonders in den USA, betrafen grosse Gesellschaften, die zum Teil heute noch deutlich unter ihren damaligen Börsenkursen notieren. So beispielsweise der Versicherungskonzern Zurich Financial Services und der Energie- und Automationstechnik-Riese ABB.

Die grossen Skandale in Politik und Wirtschaft in den USA sind nicht nur auf unzureichende Regeln zurückzuführen. Skrupellose Charaktere wie im Falle von Worldcom und Enron nutzten das Fehlen von „Checks and Balances“ für ihre Machenschaften konsequent aus. Im Gegensatz zur Politik bestrafen die Börsenakteure eine schlechte „Corporate Governance“ und mangelhafte „Checks and Balances“.

Ausblick

Das Europäische Parlament hat sich mit der Einführung eines institutionellen Dreiecks, Parlament, Rat und Kommission, ein System der „Checks and Balances“ geschaffen.

Die nächsten Jahre werden zeigen, wie aktiv und im Sinne der Bürger der angeschlossenen Länder dieses System umgesetzt wird. Die sich anbahnenden Entwicklungen in Politik und Wirtschaft dürften zu einer Wiederbelebung der „Checks and Balances“ führen. Ob es sich dabei um einen Neuanfang mit entsprechendem Verantwortungsbewusstsein handelt, wird sich zeigen.

DELTA Investment Partner AG